

Antrag

**des Abgeordneten Ulrich Klinkert und der Fraktion der CDU/CSU
sowie des Abgeordneten Gerhart Rudolf Baum und der Fraktion der FDP**

Reaktorsicherheit in den Staaten Mittel- und Osteuropas

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Der Deutsche Bundestag ist der Auffassung, daß die Sicherheitslage im Bereich der Kernenergienutzung in den Staaten Mittel- und Osteuropas äußerst besorgniserregend ist. Die Situation der Energiewirtschaft ist eine der Hauptursachen für die katastrophale Umweltsituation in diesen Staaten. Kurzfristige Verbesserungen der dringendsten Umwelt- und Sicherheitsprobleme sind aus Gründen der Gefahrenabwehr erforderlich. Mit einer durchgreifenden ökologischen und ökonomischen Erneuerung in Mittel- und Osteuropa sind die Voraussetzungen für eine solide wirtschaftliche Entwicklung zu schaffen.

Aufgrund der starken gegenseitigen Abhängigkeiten und angespannten Versorgungslage können Maßnahmen an einzelnen Standorten nicht isoliert erfolgen. Durch Abschaltungen oder kurzfristige Verbesserungen müssen daher zunächst die gravierendsten Sicherheitsprobleme vermindert werden. Gleichzeitig muß durch Maßnahmen der sparsamen und rationellen Energieverwendung ein größerer Handlungsspielraum für die aus Umweltschutz- und Sicherheitsgründen erforderlichen Entscheidungen und Maßnahmen geschaffen werden.

2. Nach Auffassung des Deutschen Bundestages können die Probleme des Umweltschutzes und der kerntechnischen Sicherheit in den Staaten Mittel- und Osteuropas nur mit internationalen, langfristig angelegten Unterstützungsaktionen angegangen werden. Die westlichen Partnerländer müssen zu noch größerer Mitwirkung und gemeinsamer Hilfe gewonnen werden.
3. Nach Auffassung des Deutschen Bundestages besteht im internationalen Rahmen Hilfsbedarf bei:
 - dem Aufbau einer unabhängigen und leistungsfähigen Verwaltung im Bereich des Umweltschutzes und der kerntechnischen Sicherheit,
 - der Durchführung von Sicherheitsanalysen für kerntechnische Anlagen,

- der Durchführung von Musterlösungen für sparsame und rationelle Energieverwendung und für die Errichtung umweltverträglicher Ersatzkapazitäten für veraltete, unsichere Kraftwerke,
- der Nachrüstung für begrenzten Weiterbetrieb von Kernkraftwerken und in einigen Fällen für längerfristigen Betrieb bei neueren Anlagen,
- der Schaffung von Möglichkeiten für Ersatzlieferungen oder für Substitutionen bei Ausfall von Stromerzeugungskapazitäten, etwa infolge von Abschaltungen von Kernkraftwerken,
- der Schaffung eines leistungsfähigen europäischen Verbundes leitungsgebundener Energieträger,
- der Neustrukturierung der Energiewirtschaft generell,
- der Entsorgung der radioaktiven Abfälle der Kernkraftwerke.

Der Deutsche Bundestag bittet daher die Bundesregierung,

1. sich aktiv an der Entwicklung von multilateralen Hilfsaktionen für die Staaten in Mittel- und Osteuropa zu beteiligen und soweit wie möglich durch bilaterale Unterstützungsmaßnahmen für die Staaten Mittel- und Osteuropas zu flankieren; dies gilt insbesondere für die neuen bzw. unabhängiger werdenden Republiken der Sowjetunion;
2. auf eine bessere Koordinierung und schnellere Realisierung der internationalen Unterstützungsprogramme unter Beteiligung internationaler Finanzierungsinstitutionen wie der Europäischen Gemeinschaft, der Weltbank, der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung gemeinsam mit den westlichen Partnerländern einzuwirken und auf die Aufstockung der finanziellen Mittel Einfluß zu nehmen; dabei sollte der Unterstützung zur kurzfristigen Verbesserung der gravierendsten kerntechnischen Sicherheitsprobleme und den damit zusammenhängenden Fragen der Verbesserung der Energiewirtschaft Vorrang gegeben werden;
3. bei der Erarbeitung der Europäischen Energiecharta und den zugehörigen Protokollen den Rahmen dafür zu schaffen, daß nicht nur die Versorgungssicherheit erhöht wird, sondern in gleichem Maße auch Umweltschutz und Anlagensicherheit verbessert werden;
4. darauf hinzuwirken, daß die von der IAEA-Generalkonferenz auf deutschen Vorschlag beschlossenen Arbeiten an einer internationalen Konvention zur Sicherheit kerntechnischer Anlagen zügig durchgeführt werden.

Bonn, den 9. Dezember 1991

Ulrich Klinkert

Dr. Wolfgang Schäuble, Dr. Wolfgang Bötsch und Fraktion

Gerhart Rudolf Baum

Dr. Hermann Otto Solms und Fraktion